

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9-10/2015

September/Oktober 2015

25 Jahre „Deutsche Einheit“:

Einverleibung der DDR, Weltmachtpolitik und Krieg, Hartz IV, Faschisierung und Vormarsch der Nazis!

Deutsche „Herrenmenschen“-Republik

Im Oktober 2015 feiert die deutsche „Herrnmenschen-Republik“ sich selbst. 25 Jahre sind vergangen seit dem Vertrag über den „Anschluss“, genauer die Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland. Gefeierte werden 25 Jahre imperialistische Erfolge. Gefeierte werden, dass mit dem „Zwei plus Vier“ Vertrag endlich, endlich statt einem Friedensvertrag mit Reparationen ein Vertrag über einen Schlussstrich geschlossen wurde. Alles erledigt!

Gefeierte werden, dass sich die Politiker des deutschen Imperialismus wieder wie Chefs in der EU gegenüber England und Frankreich bei der Versklavung Griechenlands als „Pilotprojekt“ aufspielen, dass immer forscher Russland wie auch die USA herausgefordert werden, dass immer frecher „deutsche Soldaten“ als Trumpf des deutschen Militarismus in die Weltpolitik geworfen werden. Gefeierte werden der Revanchismus „auf leisen Sohlen“, der Aufkauf Österreichs sowie Teile von Polen und Tschechien sowie der Ukraine. Gefeierte werden der Vormarsch des deutschen Imperialismus auf allen Kontinenten, auf allen Ebenen.

Beim Rückblick auf 25 Jahre Verbrechen des deutschen Imperialismus von 1990-2015 steht gewiss an erster Stelle die Beteiligung der Bundeswehr an Angriffskriegen und Militäreinsätzen.

Beteiligung deutscher Soldaten an verschiedenen Angriffskriegen und Militäreinsätzen

Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ist der erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr Realität geworden. Mit Raketen bestückte Tornado-Jagdbomber, mindestens 2000 Soldaten sowie mehrere Kriegsschiffe waren direkt an den tagelangen mörderischen Luftangriffen der NATO-Truppen in Ex-Jugoslawien beteiligt.

Im März 1999 beteiligte sich die Bundeswehr dann an dem ohne den Deckmantel eines UNO-Mandats durchgeführten imperialistischen Angriffskrieg gegen Ex-Jugoslawien, an der Bombardierung Belgrads durch Tornado-Kampfbomber und mit Hilfe von Kriegsschiffen in der Adria.

Die Bundeswehr beteiligte sich an dem vor allem vom US-amerikanischen und englischen Imperialismus seit 2001 gegen Afghanistan durchgeführten Angriffskrieg. Im Juli 2006 startete der deutsche Impe-

rialismus seinen größten Militäreinsatz in Afrika seit 1945 mit fast 800 Soldaten im Kongo, die dort mehrere Monate „im Einsatz“ waren.

Bei einem von der Bundeswehr in Afghanistan veranlassten Massaker wurden am 4. September 2009 über 100 Menschen ermordet und viele zum Teil schwer verletzt. Ein solches direkt durch das deutsche Militär veranlasste Bombardement mit einer so hohen Opferzahl an Zivilisten stellt eine neue Dimension in der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus nach 1945 dar. Dieses Massaker diente und dient auch als Drohung für zukünftige Bundeswehreinsetze gegenüber der Bevölkerung der vom deutschen Imperialismus besetzten Länder.

Ende 2013 wurden Bundeswehrsoldaten und Patriot-Raketen in der Türkei an der Grenze zu Syrien stationiert. Seit Mitte 2014 werden massiv reaktionäre kurdische Kräfte im Irak mit Geld und Waffen unterstützt. Beides ist vor allem auch gegen revolutionäre kurdische Kräfte in diesen Gebieten gerichtet.

Die Manöver mit der sog. „Willkommens-Kultur“ entlarven!

Anders als noch vor 20 Jahren bemühen sich die Propagandisten des deutschen Imperialismus aktuell, das Gesicht „des hässlichen Deutschen“ gegenüber Flüchtlingen mehr im Hintergrund zu halten. Es ist die Rede von einer neuen „Willkommenskultur“.

Es begann eine gelungene Initiierung. Nach dem bekannten Geschrei „das Boot ist voll“, es sei kein Geld da und deshalb müssten Zelte für die Flüchtlinge aufgebaut werden, kam nun um so wirkungsvoller mit einem rasanten Manöver eine riesige PR-Maschine zum Einsatz, die eine sog. „Willkommens-Kultur“ propagiert.

Nun wurden direkt Parolen und Forderungen der diversen Flüchtlingsorganisationen übernommen und weitgehend ihre Initiativen in die Koordination mit den staatlichen Maßnahmen eingebunden. Es wird an die Bevölkerung appelliert, dass sie sich gemeinsam mit dem Staat bemühen sollte mit Spielsachen, Decken und Essen, am besten nach dem Vorbild von Frau Merkel mit dieser oder jener „Streicheleinheit“, die Flüchtlinge willkommen zu heißen.

Sicherlich ist es sehr zu begrüßen, dass Flüchtlinge aus anderen Ländern in Deutschland von bestimmten Teilen der Bevölkerung wirklich aus ehrlicher Anteilnahme unterstützt werden. Tatsache ist jedoch auch, dass es dem deutschen Imperialismus gelingt, selbst diese, eigentlich gegen seine eigene Politik gerichtete Stimmung in Teilen der Bevölkerung wieder in einen Werbegag, in Werbemaßnahmen für das angeblich „humanistische Deutschland“ zu verwandeln. Umso wichtiger ist es, in dieser Bewegung über die Brutalität der Flüchtlingspolitik des deutschen Imperialismus aufzuklären und vor allem aktuell auf die Brutalität der Ermordung der Flüchtlinge im Mittelmeer hinzuweisen.

Diese riesige PR-Kampagne hat bestimmte Gründe und Aufgaben.

Es geht dabei um Entpolitisierung. Das von den imperialistischen Mächten verursachte Elend auf der ganzen Welt (da sind die Flüchtlinge nur die Spitze des Eisberges) wird systematisch ausgeblendet. Schuld sei nicht der Imperialismus, sondern die sog. „Schlepper-Teufel“ (bild.de).

Die Trennung der Flüchtlinge in „nützliche“, willige Arbeitskräfte und „nicht nützliche“, die sofort wieder abgeschoben werden sollen, das „Teile und Herrsche“ läuft auf Hochtouren.

Mitten in diesem großen TamTam wird gleichzeitig geplant, die Konstruktion mit den „sicheren Herkunftsländern“ auszubauen, was im Grundgesetz oder in anderen Gesetzen verankert werden soll und was das eh schon kaum mehr vorhandene Asylrecht weiter aushöhlt.

Diese PR-Kampagne lenkt ab von der brutalen Realität der von der sog. „Willkommens-Kultur“ ausgenommenen Flüchtlinge in Deutschland, von der Zunahme brennender Flüchtlingsheime, von der zunehmenden Brutalität von Nazi-Massenaufmärschen, von Nazis in den Sicherheitsdiensten, die Flüchtlinge bewachen, und vor allem von der nach wie vor laufenden Inhaftierung und Abschiebung von Flüchtlingen in Deutschland.

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

Die ganze Debatte über eine gerechte oder ungerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa ist in jeder Hinsicht entwürdigend. Die Interessen und Wünsche der Flüchtlinge spielen keine Rolle. Die angebliche Freizügigkeit erweist sich durch Massenflüchtlingstransporte als Farce.

Diese ganze PR-Kampagne zeigt die gigantische Macht der Massenmanipulation. Schon morgen kann sich der Wind wieder drehen und mit dem Heiligenschein, der „Weltmeister in der Flüchtlingspolitik“ zu sein, werden die deutschen Imperialisten ohne die geringsten Skrupel mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften erneut wieder zu dem Mittel greifen: „Jetzt ist Schluss, das Boot ist voll!“. Dabei ist offen gegen wenn sich dann diese Kampagne richtet: gegen Menschen aus Syrien, aus Albanien oder aus Afrika... Die „Festung Europa“ muss stehen mit Deutschland an der Spitze!

Einer der primitivsten Politiker, Minister Gabriel von der SPD, erklärte kurzerhand, dass die Nazis keine Nazis seien sondern „Pack“ und vor allem „undeutsch“. Genau das ist Nationalismus: Wenn der Begriff „deutsch“ nicht neutral als Bezeichnung einer Herkunft verwendet wird sondern „deutsch“ per se was gutes und „undeutsch“ per se was schlechtes sein soll. Der Demagoge Gabriel hat auf seine Weise eine der wesentlichen Mechanismen des Nationalismus auf den Punkt gebracht.

Die Flüchtlingspolitik wird offiziell zum „nationalen Projekt“ erklärt. In einem bisher noch nicht dagewesenen Ausmaß wird nicht ohne Erfolg am Bild des „guten Deutschen“ als weltweite Medienkampagne gearbeitet. Scheinbar weltoffen ist es jedoch die Fratze des Nationalismus, die dieses Projekt kennzeichnet.

In den letzten 25 Jahren hat sich ein System von deutschen Militärstützpunkten und Militäreinsätzen in allen Erdteilen mit oft sich verändernder Anzahl der Soldaten gebildet, mit dem Ziel in jeder Hinsicht einsatzbereit und schlagkräftig in allen Teilen der Welt eingreifen zu können.

Insbesondere ab der Jahrtausendwende hat die Bundeswehr zeitweise mehr als 7.000 Soldaten in anderen Ländern stationiert und in verschiedenen Ländern Militärstützpunkte aufgebaut, insbesondere in Afghanistan (bis über 2.000 Soldaten), in Kosova (bis zu 4.000 Soldaten), in Bosnien und Herzegowina (bis über 1.000 Soldaten), aber auch in Usbekistan (300 Soldaten) oder am Horn von Afrika (300 Soldaten). 2006 gelang es dem deutschen Imperialismus nach dem Libanon-Krieg im Rahmen einer UN-Mission, 2.400 deutsche Soldaten mit Fregatten, Schnellbooten und Versorgungsschiffen vor die libanesischen Küste zu schicken. Seit 2008 sind vor Somalia bis zu 1.400 Soldaten auf Kriegsschiffen eingesetzt, um internationale Seerouten für den deutschen Imperialismus abzusichern.

Durch das Rotationsprinzip unter den Truppen wurden insgesamt 60.000 Solda-

ten für den Auslandseinsatz verplant und gebunden. Die Bundeswehr wurde weiter zur hochmobilen imperialistischen Interventionsarmee umgerüstet. Bis 2010 hatte die Bundeswehr den Aufbau einer sog. „Schnellen Eingreiftruppe“ mit bis zu 70.000 Soldaten abgeschlossen.

Jahrelange Kriegseinsätze wie in Afghanistan dienen der Erprobung der Bundeswehrtruppen und der Waffen des deutschen Imperialismus. Dazu gehören Massaker an Zivilisten wie bei dem von der Bundeswehr in Afghanistan veranlassten Massaker am 4. September 2009 sowie dutzende von militärischen Einsätzen der KSK-Bundeswehrsoldaten in Afghanistan.

Deutschland ist der drittgrößte Rüstungsexporteur weltweit und ist auch dadurch in der Lage, seine Waffensysteme im „Ernstfall“ zu testen und zu erproben.

Der deutsche Staat und die deutschen Nazis – kaum zu trennen!

Es ist gewiss ein richtiger Gemeinplatz, dass nicht immer alles einerlei sei. Mag jemand Unterschiede zwischen Nazis und Bundeswehr, Verfassungsschutz und „Pegida“ herausarbeiten, wenn er will. Das geht sicherlich.

Und es gibt da gewiss auch verschiedene Unterscheidungsmerkmale zwischen dem Staatsapparat, seinen Organen und der Nazi-Bewegung auf der Straße.

Manchmal mögen solche Unterschiede auch Gewicht haben. Der Rückblick auf 25 Jahre deutsches „Herrenmenschentum“ zeigt jedoch, dass die Organe des deutschen Imperialismus aufs engste mit der Nazi-Bewegung verzahnt sind, was eine klare Trennung beider Elemente gar nicht möglich ist, zumal der Staatsapparat des deutschen Imperialismus nachgewiesenermaßen zunehmend fast die gesamte Nazi-Bewegung finanziert.

Wichtiger ist jedoch das Ineinandergreifen der verschiedenen Aktionen und Aktionsformen von Organen des deutschen Staats und den Nazis. Das zeigt sich nirgends so deutlich wie in der Flüchtlingspolitik.

Aus dem Inhalt:

I. Tatsachen — Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde

Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), **Mannheim-Schönau:** gegen Asylsuchende (Mai/Juni 1992), **Rostock:** gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), **Mölln und Solingen:** gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), **Magdeburg:** gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), **Lübeck:** gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), **Lübeck und Düsseldorf:** gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

Direkt nach der Einverleibung der DDR begann eine riesige Welle von pogromartigen Anschlägen und pogromartigen Nazi-Demonstrationen gegen Asylsuchende und gegen alle, die als „Nicht-Deutsch“ eingestuft wurden. Nächtliche Brandanschläge mit Dutzenden von Toten, in Mölln am 23.11.1992, in Solingen am 29.5.1992 und in Lübeck am 18.1.1996, pogromartige Aufmärsche wie in Hoyerswerda im September 1991, in Mannheim-Schönau im Mai 1992 und in Rostock im August 1992 unter den Augen der Polizei, von der Polizei ganz offensichtlich geduldet, dienten insgesamt der Politik des deutschen Imperialismus dazu, die Asylpolitik extrem zu verschärfen. In dieser Zeitspanne herrschte Mord und Totschlag auf der Straße. Die Zahl der von Nazis Ermordeten in den ersten fünf Jahren nach 1990 überschritt bald die Zahl von 100 Ermordeten. In dieser ersten Phase spielten die Gefängnisse zur Abschiebung inhaftierter Asylsuchender oder Flüchtlinge eine entscheidende Rolle: der Staat schob ohne Skrupel demokratische und revolutionäre Genossinnen und Genossen in die Folterkeller anderer Staaten, vor allem in die Folterkeller der Türkei, ab.

Durchaus als eine neue Etappe kann die Mordserie der NSU-Nazi-Bande genannt werden, die die Politik der bewaffneten Nazi-Mordanschläge aus der Zeit der 80er

10 Jahre „Deutsche Einheit“:

Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf

**Nazis, Staat und Medien —
ein Braunbuch**



Texte zu Deutschland und dem
deutschen Imperialismus

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

II. Nazis, Staat und Medien — von subtiler Hetze bis offenem Terror

Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis — Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000
13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

Zu bestellen bei:

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 102051, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de
E-Mail: info@verlag-benario-baum.de

Wichtige Kämpfe gegen Nazi-Banden, gegen staatlichen Terror und verschärfte Ausbeutung (1990-2015)

Kämpfe gegen Nazis

Gegen die Nazi-Pogromstimmung in Deutschland gegen Flüchtlinge und Migranten, gegen Sinti und Roma und gegen Menschen, die von der Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ bedroht sind, gab es in unterschiedlichem Ausmaß und mit verschiedensten Kampfformen in den letzten 25 Jahren immer wieder Widerstand von antinazistischen Gruppen: Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche, Organisation von Schutz von Flüchtlingsunterkünften, militante Kämpfe bis hin zu militanter Selbsthilfe gegen Nazis, wobei der Nazi-Kader Kaindl im Mai 1992 tot auf der Straße liegenblieb.

Die Anti-Nazi-Bewegung zeichnet sich in den letzten Jahren vor allem dadurch aus, dass versucht wurde, Nazi-Aufmärsche zu verhindern. An diesen Kämpfen haben sich tausende, zehntausende vor allem auch Jugendliche beteiligt. Diese Kämpfe wurden teilweise mit großer Militanz und Entschlossenheit gegen die deutsche Polizei geführt, die die Nazis schützte. Bis 2011 gibt es immer wieder militante Kämpfe gegen Nazi-Aufmärsche trotz massiven Polizeiterrors gegen Anti-Nazi-Kräfte und massiven Polizeischutz für die Nazis, wie z.B. im Oktober 2005 in Göttingen, am 1. Mai 2006 in Leipzig oder am 19.2.2011 in Dresden. Bei all diesen Kämpfen war der militante Kampf und die Entschlossenheit konsequenter Anti-Nazi-Kräfte entscheidend dafür, dass Nazi-Aufmärsche nicht stattfinden konnten. Ab 2012 ist zu verzeichnen, dass größere militante Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche nicht mehr stattfanden und es seltener gelingt Nazi-Aufmärsche wirklich zu verhindern. So konnten z.B. alle Nazi-Aufmärsche in verschiedenen Städten am 1. Mai 2014 stattfinden.

Die vielleicht größte Schwäche der Anti-Nazi-Bewegung der letzten Jahre war ihre Haltung zu den NSU-Morden. Angehörige der Ermordeten haben teils durch Demonstrationen, teils durch Erklärungen sehr massiv darauf hingewiesen, dass es sich aus ihrer Sicht, um nazifaschistische Mordtaten handelt. Diese Erklärungen wurden ohne Ausnahme, einschließlich unserer Organisation, nicht wirklich ernst genommen und überprüft. Das ist unverzeihlich und zeigt, wie zwingend es ist, jedem einzelnen Ereignis dieser Art sorgfältig nachzugehen, mit den Betroffenen solidarisch zu diskutieren und gemeinsam die Macht der bürgerlichen Medien durch Aktionen und eigene Recherche zu durchbrechen.

Kampf gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Flüchtlinge

Seit Jahren gibt es gegen dieses mörderische Programm ein Kampf der Flüchtlinge mit Hungerstreiks und Widerstandsaktionen gegen ihre Abschiebungen, was von antirassistischen Gruppen und Initiativen unterstützt wird. Seit 2012 hat sich eine landesweite Bewegung der Flüchtlinge entwickelt, die von antirassistischen Gruppen und Initiativen unterstützt wurde. Eine vergleichbare Protest- und Widerstandsbewegung von Flüchtlingen in Deutschland hat es so vorher noch nicht gegeben. Durch Protestmärsche, Hunger- und Durststreiks sowie Platz- und Gebäudebesetzungen, durch die Entschlossen-

heit im Kampf und den relativ hohen Mobilisierungsgrad gelang es, den deutschen Staat zeitweise unter Druck zu setzen und zumindest zu Gesprächen zu zwingen. Trotz Strafandrohungen, rassistischer Angriffe, polizeilichem Terror, kurzzeitiger Festnahmen und Abschiebedrohungen haben die Flüchtlinge nicht kapituliert. Sie haben durch ihr Beispiel andere Flüchtlinge, die noch in Angst und Furcht in den Lagern leben, zum Widerstand ermutigt und aufgefordert, sich ihnen anzuschließen.

Herausragende Aktionen dieser Bewegung waren u.a. die Demonstration am 13. Oktober 2012 in Berlin mit über 6.000 TeilnehmerInnen, in Solidarität mit dem Kampf der in einem Protestmarsch nach Berlin gezogenen Flüchtlinge. Das war die bundesweit bis dahin größte, hauptsächlich von Flüchtlingen organisierte und getragene Demonstration, unterstützt von einem breiten Bündnis aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen.

Es gab auch mehrere Demonstrationen in Hamburg wie am 6. April 2013 mit über 3.000 TeilnehmerInnen unter dem Motto „Gegen Rassismus und Ausgrenzung“, die von Flüchtlingen aus dem Lager Horst bei Hamburg angeführt wurde und die Forderungen der kämpfenden Flüchtlinge unterstützte. Am 25.10.2013 gab es eine Solidaritätsdemonstration, an der sich 10.000 Menschen beteiligten. An einer weiteren Großdemonstration in Hamburg am 2. November 2013 beteiligten sich mindestens 15.000 Menschen.

Auch 2014 und 2015 ging der Kampf weiter. Z.B. schafften es über 2500 antirassistische Demonstrantinnen und Demonstranten in Berlin-Hellersdorf am 22.11.2014 ein Nazi-Aufmarsch vor der dortigen Flüchtlingsunterkunft zu verhindern. Am 28.2.2015 demonstrierten in Dresden 5000 gegen Rassismus, gegen Pegida und für die Solidarität mit Flüchtlingen. Am 24.4.2015 begann in Berlin ein Streik von Schülerinnen und Schülern, u.a. zum Gedenken an die Ermordung von 900 Flüchtlingen am 19.4.2015 im Mittelmeer und gegen die mörderische Asylpolitik des deutschen Staats. Es wurde u.a. eine Demonstration mit 6000 Schülerinnen und Schülern durchgeführt.

Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung

In den letzten 25 Jahren gab es sicherlich viel zu wenige und oftmals auch viel zu schwache Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung und gegen die immer weitergehende Verschlechterung ihrer Lage.

Die Propagierung gerade dieser wenigen, manchmal auch kämpferischen Streiks sowie die Auswertung ihrer Erfahrungen ist wichtig, um aus Fehlern und Schwächen für zukünftige, auch in Deutschland unvermeidlich wieder aufbrechende größere Kämpfe in den Betrieben maximal zu lernen:

- Gegen die Stilllegungspläne der Kapitalisten fand ab April 1993 eine fast einjährige Besetzung der Kali-Mine „Thomas Müntzer“ in Bischofferode auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von ca. 700 Kali-Kumpeln ohne und gegen die Führungsqlique der IG Bergbau statt.

- Im März 1997 kämpften mehrere Tage lang zehntausende Bergarbeiter mit vielfältigen Aktionen gegen drohende Betriebsstilllegungen und die angekündigte Beseitigung zehntausender Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau.

- Im September 1999 besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter des Alcatel-Kabelwerkes in Berlin/Neukölln fünf Wochen lang das Werk, um gegen dessen drohende Schließung zu protestieren.

- Vom 17.6.2002 bis zum 26.6.2002 streikten zum ersten Mal seit 1945 insgesamt ca. 32.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen.

- Mit den größten Protestaktionen der letzten Jahre, kurzfristigen Streiks, Demonstrationen und Straßenblockaden, kämpften im Juli 2004 zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige verschiedener Werke von DaimlerChrysler gegen die angekündigte Verschärfung der Ausbeutung durch „Kosteneinsparungen“.

- Vom 14.10.2004 bis zum 20.10.2004 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Opelwerke in Bochum gegen drohende Massenentlassungen. Dieser Streik wurde ohne und gegen die Gewerkschaftsführung begonnen und durchgeführt, jedoch gelang es der Gewerkschaftsführung in einer gemeinsamen Aktion mit den Kapitalisten den Streik abzuberechen.

- Am 24.10.2005 begann ein Streik bei Infineon in München gegen die drohende Werksschließung, der eine Woche andauerte. Es beteiligten sich mehrere Hundert an dem Streik – trotz massiver Abwiegelei der Gewerkschaftsführung und brutalem Polizeiterror gegen Streikende bis hin zur Drohung mit dem Einsatz von Schusswaffen. Hervorstechend war der konsequente Kampf gegen Streikbrecher, der zeitweise den Rahmen der Legalität durchbrochen hat.

- Am 6. August 2007 beschlossen die Lokführerinnen und Lokführer, sowie auch Zug- und Servicebegleiter und -begleiterinnen bei der Deutschen Bahn, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, den unbefristeten Streik, der wiederholt und mehrere Tage lang bis November 2007 den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene großteils lahmlegte. Daran beteiligten sich mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen – bis es der reaktionären GDL-Führung schließlich gelang, den Streik abzuwürgen. Dass es den vergleichsweise wenigen GDL-Streikenden gelungen ist, den riesigen Bahn-Konzern wiederholt und über mehrere Tage hinweg – zuletzt wieder beim mehrtätigen GDL-Streik im Oktober 2014 – weitgehend lahmzulegen, ist eine überaus wichtige konkrete Erfahrung, die weit über den Bahn-Bereich hinaus bedeutsam ist.

Seit 2007 gibt es allerdings kaum noch größere, mehrere Tausend umfassende Streiks in den Betrieben, die über längere Zeit durchgeführt werden, so dass wirklich Druck auf die Kapitalisten hätte erzeugt werden können. Jedoch gibt es immer wieder kämpferische und auch langandauernde Streiks in kleineren Betrieben z.B. bei Neupack. 2012-2013 kämpften 110 der 200 Kolleginnen und Kollegen vor allem aus Deutschland, der Türkei, Griechenland und Polen in Hamburg und Rothenburg 9 Monate lang (November 2012-August 2013) u.a. für höhere Löhne, einen Tarifvertrag sowie insgesamt für bessere Arbeitsbedingungen.

Jahre („Wehrsportgruppe Hoffmann“) wieder aufnahm und systematisch in verschiedenen Städten Deutschlands Menschen wegen ihrer Herkunft quasi hinrichteten. Der ganze Komplex NSU zeigt nun auch jenen, die so etwas immer als Verschwörungstheorie abgetan haben, wie eng verschiedene Abteilungen des Staatsapparats mit der mör-

derischen Nazi-Bewegung finanziell und personell verzahnt sind.

Die letzten Jahre sind davon gekennzeichnet, dass die Nazibewegung versucht, sich in der Breite zu verankern. Mordaktionen auf der Straße, nächtliche Brandanschläge auf bewohnte Flüchtlingsunterkünfte nehmen auch wieder zu.

Aber der Hauptakzent wird darauf gerichtet, in der Bevölkerung die nationalistische Stimmungsmache auszunutzen und anzuzünden, geplante Unterkünfte für Flüchtlinge niederzubrennen und als „Bürgerinitiativen“ getarnte, nicht offen als Nazis auftretende Bewegungen zu initiieren, wie z.B. die „Pegida“-Bewegung. Die Parallele zu

Staatlicher Terror und Nazi-Terror gegen Flüchtlinge in Deutschland von 1993 bis 2014

Die Broschüre „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ dokumentiert den staatlichen Terror sowie den Nazi-Terror gegen Flüchtlinge von 1993 bis 2014 in Deutschland und an seinen Grenzen.

Ihr Fazit lautet:

- In dem gesamten Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis Ende 2014 starben mindestens 194 Menschen auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen.
- Allein 130 Personen starben an den deutschen Ost-Grenzen – drei Personen werden seit ihren Grenzübertrittsversuchen an der Neiße vermißt.
- 590 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt zum Teil erhebliche Verletzungen, davon 321 an den deutschen Ost-Grenzen.
- Von den 102 Flüchtlingen, die in den Jahren von 1997 bis 2001 beim Grenzübertritt in die BRD durch Maßnahmen der Bundesgrenzschutzbeamten verletzt wurden, geschah das bei 84 Personen durch Bisse von Zoll- und Diensthunden.
- 179 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Allein 64 Flüchtlinge starben in Abschiebehäft.
- Mindestens 1383 Flüchtlinge haben sich aus Verzweiflung oder Panik vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung und die Aufenthaltssituation selbst verletzt (auch Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten sich umzubringen und überlebten z.T. schwer verletzt. Davon befanden sich 659 Menschen in Abschiebehäft.
- Während der Abschiebungen starben 5 Flüchtlinge.
- 472 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt.
- Abgeschoben in ihre Herkunftsländer kamen 34 Flüchtlinge zu Tode, mindestens 584 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert oder kamen anderweitig zu Schaden (z.B.: Abschie-

bung schwerkranker Menschen ohne medizinische Versorgung im Herkunftsland).

- Mindestens 71 Menschen verschwanden nach der Abschiebung spurlos.
- Durch direkte Gewalteinwirkung von Polizei oder Bewachungspersonal starben 19 Flüchtlinge entweder in Haft, in Gewahrsam, bei Festnahmen, bei Abschiebungen, auf der Straße oder in Behörden – mindestens 899 wurden dort verletzt.
- Bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Bränden in Flüchtlingsheimen, aber auch bei Unglücken auf dem Gelände starben nach unseren Recherchen mindestens 75 Menschen; mindestens 980 Flüchtlinge wurden zum Teil erheblich verletzt.
- Durch rassistische Angriffe auf der Straße starben 19 Flüchtlinge; mindestens 922 Menschen wurden verletzt.
- 20 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung von Betreuungs- oder Bewachungspersonal (PolizistInnen, ÄrztInnen, Security, SachbearbeiterInnen u.a.)
- **Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 451 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und Brände in Flüchtlingsunterkünften kamen 94 Menschen zu Tode.**

Die Dokumentation ist der Versuch – anhand von vielen Einzelbeispielen und in ihrer Gesamtheit – Beweise für den institutionellen Rassismus vorzulegen. Sie ist der Versuch, die schlimmsten Auswirkungen des rassistischen Systems dieses Staates auf Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere für die Leserinnen und Leser deutlich zu machen.

Die Broschüre kann bestellt werden bei:

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.
DOKUMENTATIONSSTELLE
Haus Bethanien – Südflügel
Mariannenplatz 2 A, 10997 Berlin
Fax: 030 – 617 40 101
E-mail: ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org/dok/titel.htm

den Anfängen der „deutschen Einheit“ 1990 liegt auf der Hand.

Während die Möglichkeiten zur Abschiebung der Flüchtlinge optimiert werden, die Gesetzgebung noch rigider gegen Flüchtlinge vorgeht, hat die offizielle Politik des deutschen Imperialismus nun begonnen, das „Nützlichkeitskriterium“ einzuschieben, soll heißen, zu prüfen, ob nicht doch dieser oder jene Arzt oder Computerspezialist für den deutschen Imperialismus brauchbar ist, also dieser oder jener Flüchtling nicht abgeschoben, sondern mit einer Ar-

beitsstelle versorgt wird. Durch diese planmäßige Spaltung der Flüchtlingsbewegung wird die Arbeitsteilung sichtbar: Nazis und Staatsapparat gegen die „unnützen“ Flüchtlinge, Einzelinstitutionen des Staates kümmern sich um die als „Nützlich“ eingestuft. All das kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es vor allem und in erster Linie um eine nationalistische, rassistische Abschottungspolitik des deutschen Imperialismus geht. Das zeigt sich vor allem an den aktuell größten Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Die planmäßige Organisation des Ertrinkens von zehntausenden von Flüchtlingen im Mittelmeer!

Was in den letzten Monaten und aktuell, nicht allein, aber durchaus unter Federführung des deutschen Imperialismus, in Europa geschieht ist von einer extremen Brutalität gekennzeichnet. Im Bewusstsein, dass es kaum noch eine andere Möglichkeit insbesondere für afrikanische Flüchtlinge gibt, nach Europa zu kommen, sich dorthin zu retten oder auch Asyl zu beantragen, wird mit militärischen Operationen die Überquerung des Mittelmeers nach Europa so behindert, das bewusst und planmäßig regelmäßig hunderte von Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Unter führender Beteiligung Deutschlands wurde dafür die sog. „Grenzschutzagentur Frontex“ aufgebaut. Die Hauptaufgabe von „Frontex“ ist es, einen regelrechten Krieg gegen die Flüchtlinge und MigrantInnen zu planen, zu koordinieren und zu führen, mit Militär, Polizei und Grenzschutz sowie modernstem Kriegsgerät zu Land, zu See und an den Flughäfen. Deutschland stellt personell und auch finanziell das größte „Frontex“-Kontingent.

Flüchtlingsinitiativen gehen davon aus, dass über 25.000 Flüchtlingen durch Ertrinken seit dem Jahr 2000 brutal ermordet wurden. Dabei ist davon auszugehen, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist, dass in Wirklichkeit weitere tausende, womöglich zehntausende Flüchtlinge durch Ertrinken im Mittelmeer ermordet worden sind.

Zu den zynischen Manövern gehört es, dass dann ab und an ein Rettungsboot der Bundeswehr einige Dutzend Flüchtlinge aus dem Wasser rettet, um im nächsten Moment selbst wieder an der mörderischen Abschottungspolitik des deutschen Imperialismus teilzunehmen.

Es gibt ganz und gar nichts zu feiern an diesem 3. Oktober 2015: Entlarvung und Kampf gegen den deutschen Imperialismus steht auf der Tagesordnung!

Weder international noch in Deutschland hat der deutsche Imperialismus mit seinem Militarismus und Revanchismus auch nur den geringsten Anspruch auf Anerkennung. Auch die soziale Lage in Deutschland verschärft sich immer mehr. Massenentlassungen, Billiglohn, die Brutalität des Auspielens der einen Beschäftigten gegen die anderen Beschäftigten, direkter Lohnraub und vor allem die Brutalität des staatlichen Hartz IV Systems – all das gilt es in die Waagschale zu werfen, um klarzumachen: Es geht darum, die pompösen Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2015 zu bekämpfen, die Propaganda des deutschen Imperialismus zu entlarven und dem deutschen Imperialismus das Genick zu brechen!